

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204473]

## 22. DEZEMBER 2022 — Erlass der Regierung zur Reform des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, Artikel 8 § 2 Absatz 4, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 § 2 Absatz 5, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, Artikel 8 § 3 Absatz 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, Artikel 8 § 3 Absatz 3, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 7. April 1999 und das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 § 4 Absatz 1, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 22. Dezember 2008 und das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 § 4 Absatz 3, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 7. April 1999 und das Dekret vom 23. Januar 2017, Artikel 8 § 5, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 7. April 1999 und das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 8 § 8, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, vom 5. März 2002 und das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. November 2017 zur Festlegung der Beteiligung des Entleihers an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 26. November 1991 zur Festlegung der Anwendungsmodalitäten der Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Dezember 2022;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 16. Dezember 2022;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass über das System der lokalen Beschäftigungsagenturen (LBA) Tätigkeiten ausgeübt werden, die in den regulären Arbeitskreisläufen nicht vorzufinden sind; dass diese Dienstleistungen einerseits von Privatpersonen in Anspruch genommen werden, die in der Regel nicht mehr in der Lage sind, diese Tätigkeiten selbst auszuführen; dass andererseits eine Vielzahl an lokalen Behörden, Unterrichtseinrichtungen und Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht über das LBA-System gesellschaftlich relevante Dienstleistungen ausüben lassen, die von allgemeinem Interesse sind; dass der öffentliche Dienstleistungsauftrag über den Druck und die Ausgabe von LBA-Schecks jedoch am 31. Dezember 2022 endet; dass eine Verlängerung des aktuellen Auftrags nicht möglich ist; dass es aufgrund der großen Unsicherheit in Bezug auf potenzielle Bewerber und den spezifischen Bedürfnissen der LBA-Nutznutzer angebracht ist, das System der lokalen Beschäftigungsagenturen ab dem 1. Januar 2023 in Eigenregie zu verwalten und keinen öffentlichen Auftrag mehr zu vergeben; dass die Rechtssicherheit und die Kontinuität der öffentlichen Dienstleistung durch einen schnellstmöglichen und nahtlosen Übergang in das neue System gewährt werden muss, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom 8. Dezember 2022;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. NOVEMBER 1991  
ZUR REGELUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

**Artikel 1** - Artikel 79 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "und zahlt die in Artikel 79bis § 1 erwähnte Eintragungsgebühr" gestrichen;
2. in § 2 Absatz 3 werden die Wortfolgen "für die Dauer von höchstens einem Jahr" und der Satz "Sie übermittelt die Angaben des Formulars der ausgebenden Gesellschaft der LBA-Schecks." gestrichen;
3. zwischen Absatz 3 und 4, der zu Absatz 5 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Der Entleiher, der über ein für gültig erklärtes Nutzerformular verfügt, erhält Zugang zu einem persönlichen Bereich eines elektronischen Portals, das vom Arbeitsamt zur Verfügung gestellt wird."

4. § 3 wird wie folgt ersetzt:

"§ 3 - Der Entleiher, der über ein für gültig erklärtes Nutzerformular verfügt, kann LBA-Schecks ankaufen, indem er:

1. diese LBA-Schecks über seinen persönlichen Bereich im elektronischen Portal bestellt. Er überweist der lokalen Beschäftigungsagentur einen Betrag, der der gewünschten Anzahl LBA-Schecks multipliziert mit dem Erwerbspreis eines LBA-Schecks entspricht;

2. die LBA-Schecks bei der lokalen Beschäftigungsagentur vor Ort erwirbt.

Der Erwerbspreis eines LBA-Schecks beträgt 7,00 Euro. Der Gemeinschaftsminister kann diesen Betrag nach Begutachtung durch den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes anpassen.

Ein LBA-Scheck dient zur Bezahlung einer Tätigkeitsstunde gemäß § 5-6.

Ein LBA-Scheck ist auf den Namen des Entleihers ausgestellt, der ihn angekauft hat, und kann nicht an andere Entleiher übertragen werden."

5. § 4 wird wie folgt ersetzt:

"§ 4 - Unbeschadet der im Gesetz vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung und seinen Ausführungserlassen vorgesehenen Bedingungen gelten folgende Personen als Arbeitsuchende, die Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur gemäß Artikel 8 § 3 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer verrichten können, insofern sich ihr Hauptwohnsitz in Belgien befindet, sie nicht mehr der Teilzeitschulpflicht unterliegen und das gesetzliche Pensionsalter nicht erreicht haben:

1. der Arbeitsuchende, der das Alter von 45 Jahren nicht erreicht hat und eine Dauer der Eintragung als nicht-beschäftigter Arbeitsuchender beim Arbeitsamt von mindestens 1 Jahr vorweist;

2. der Arbeitssuchende, der das Alter von 45 Jahren erreicht hat und eine Dauer der Eintragung als nicht-beschäftigter Arbeitssuchender beim Arbeitsamt von mindestens 6 Monaten vorweist.

In Abweichung von Absatz 1 können Arbeitssuchende ab dem ersten Tag ihrer Eintragung als nicht-beschäftigter Arbeitssuchender beim Arbeitsamt Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur verrichten, insofern sie nicht sofort auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können und LBA-Tätigkeiten eine sinnvolle Etappe auf ihrem beruflichen Eingliederungsweg darstellen. Diese Arbeitssuchenden weisen aufgrund von sozialen oder gesundheitlichen Problemen, fehlenden Qualifikationen oder mangelhaften Sprachkenntnissen einen großen Abstand zum Arbeitsmarkt auf. Im Falle von sozialen oder gesundheitlichen Problemen sind sie zudem nicht in der Lage, einer mindestens halbzzeitigen Beschäftigung nachzugehen.

In Abweichung der Absätze 1 und 2 dürfen Arbeitslose, die als Teilzeitarbeitnehmer beschäftigt sind, sowie Arbeitslose, die die Regelung der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag in Anspruch nehmen oder die eine Zusatzentschädigung für entlassene ältere Grenzgänger beziehen, keine Tätigkeit gemäß dem vorliegenden Artikel ausüben.

Der Gemeinschaftsminister kann in dringenden Fällen und wenn es das Allgemeinwohl erfordert, Abweichungen zu den Bedingungen der Dauer der Eintragung als nicht-beschäftigter Arbeitssuchender beim Arbeitsamt vorsehen.

Die in Artikel 3 Nummern 1, 2, 3, 6 und 9 des Erlasses vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung festgelegten Zeiträume werden der in den Absätzen 1, 2 und 5 erwähnten Dauer der Eintragung als nicht-beschäftigter Arbeitssuchender gleichgesetzt.

Die lokale Beschäftigungsagentur überreicht dem Arbeitssuchenden, der Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur verrichtet, den im Gesetz vom 7. April 1999 über den LBA-Arbeitsvertrag erwähnten LBA-Arbeitsvertrag vor Beginn seiner Tätigkeiten.

Die lokale Beschäftigungsagentur übergibt dem LBA-Arbeitnehmer monatlich ein Leistungsformular, aus dem hervorgeht, dass der LBA-Arbeitnehmer die zur Ausübung von Tätigkeiten gemäß den im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen erfüllt. Diese Tätigkeiten dürfen nur von LBA-Arbeitnehmern ausgeführt werden, die im Besitz eines gültigen Leistungsformulars sind. Ein LBA-Arbeitnehmer kann für mehrere Entleiher tätig sein.

Für jede angefangene Tätigkeitsstunde trägt der LBA-Arbeitnehmer vor Beginn der Tätigkeit das Datum, die Uhrzeit und den Namen oder die Bezeichnung des Entleihers auf seinem Leistungsformular ein."

6. § 5 wird wie folgt ersetzt:

" § 5 - Am Ende jedes Monats füllen der Entleiher und der LBA-Arbeitnehmer gemeinsam eine Leistungsbescheinigung der beim Entleiher geleisteten angefangenen Tätigkeitsstunden aus. Diese Leistungsbescheinigung wird in zwei Exemplaren ausgestellt und von beiden Parteien unterzeichnet.

Der Entleiher bewahrt sein Exemplar während einem Jahr auf.

Der LBA-Arbeitnehmer reicht seine Leistungsbescheinigungen zusammen mit seinem Leistungsformular monatlich beim Arbeitsamt ein.

Das Arbeitsamt annulliert die durch den LBA-Arbeitnehmer eingereichten Tätigkeitsstunden, wenn er die in § 4 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt oder die Anzahl Tätigkeitsstunden die in Artikel 79bis § 4 erwähnten Grenzen überschreitet.

Das Arbeitsamt zahlt dem LBA-Arbeitnehmer monatlich für jede durch ihn eingereichte, nicht annullierte Tätigkeitsstunde einen Betrag von 6,00 Euro aus."

7. § 6 wird wie folgt ersetzt:

" § 6 - Der Entleiher verfügt über ein LBA-Guthaben, das der Summe der gemäß § 3 angekauften LBA-Schecks minus der Summe der von LBA-Arbeitnehmern gemäß § 5 eingereichten, beim Entleiher geleisteten Tätigkeitsstunden entspricht. Das Arbeitsamt bucht diese Tätigkeitsstunden monatlich vom LBA-Guthaben des Entleihers ab, wobei die Tätigkeitsstunden zuerst von den LBA-Schecks abgezogen werden, deren Ankauf am längsten zurückliegt.

Der Entleiher darf nur Tätigkeiten ausüben lassen, wenn er über ein positives LBA-Guthaben verfügt. Übersteigt in einem Monat die von LBA-Arbeitnehmern gemäß § 5 eingereichten, beim Entleiher geleisteten Tätigkeitsstunden das LBA-Guthaben, fordert das Arbeitsamt die Differenz multipliziert mit dem in § 3 Absatz 2 festgelegten Erwerbspreis beim Entleiher zurück.

Der Entleiher kann sich jederzeit auf Anfrage und ohne Angabe von Gründen sein verbleibendes LBA-Guthaben vom Arbeitsamt rückerstatten lassen. Der zu erstattende Betrag ergibt sich aus der Multiplikation des in Absatz 1 definierten LBA-Guthabens mit dem jeweiligen Erwerbspreis der gemäß § 3 angekauften LBA-Schecks.

In Abweichung von Absatz 3 ergibt sich der Betrag, der dem Entleiher vom Arbeitsamt zurückerstattet wird, für die LBA-Schecks, die Anlass zu einer Steuerbescheinigung geben und für die die Erstattung nach dem Kalenderjahr des Ankaufs beantragt wird, aus der Multiplikation zwischen dem Erwerbspreis und der Differenz zwischen 100% und dem Prozentsatz, der in Artikel 145/21 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 festgelegt ist. Die Differenz zwischen dem Erwerbspreis und dem Betrag, der dem Entleiher durch das Arbeitsamt zurückerstattet wird, wird in diesem Fall der Wallonischen Region ausgezahlt."

8. § 7 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

"3. die in § 5 erwähnte monatliche Leistungsbescheinigung nicht fristgerecht ausfüllt und unterzeichnet;"

9. in § 7 Absatz 1 Nummer 5 wird die Wortfolge "Absatz 2" gestrichen und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

10. in § 7 Absatz 1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

"6. ein negatives LBA-Guthaben aufweist und der in § 6 Absatz 2 erwähnten Rückforderung des Arbeitsamtes innerhalb von einem Monat, nachdem er vom Arbeitsamt schriftlich davon in Kenntnis gesetzt wurde, nicht nachkommt."

11. § 8 wird wie folgt ersetzt:

" § 8 - Das Arbeitsamt stellt dem Entleiher, der eine natürliche Person ist, jedes Jahr vor dem 1. April eine Steuerbescheinigung aus, in der die Beträge aufgeführt sind, die der Entleiher im vorangegangenen Kalenderjahr für den Ankauf von LBA-Schecks gemäß § 3 verwendet hat.

Von diesen Beträgen werden die Rückerstattungen des Arbeitsamtes an den Nutznießer gemäß § 6 Absatz 3, die im gleichen Kalenderjahr erfolgt sind, abgezogen.

Die in den Steuerbescheinigungen enthaltenen Angaben werden vom Arbeitsamt jedes Jahr vor dem 1. März an den Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen weitergeleitet."

12. § 9 wird wie folgt ersetzt:

"§ 9 - Der Entleiher leistet einen Beitrag zu den Kosten, die dem LBA-Arbeitnehmer durch die Benutzung von Beförderungsmitteln beim Zurücklegen der Fahrtstrecke zwischen der Ortschaft, in der sich der Wohnsitz des LBA-Arbeitnehmers befindet, und der Ortschaft, in der die Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur ausgeübt werden, entstehen, unter der Bedingung, dass diese Fahrtstrecke mindestens 3,5 km beträgt.

In Abweichung von Absatz 1 leistet der Entleiher ebenfalls einen Beitrag zu den Beförderungskosten, wenn der Wohnsitz des LBA-Arbeitnehmers und der Ort, an dem die Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur ausgeübt werden, in derselben Ortschaft angesiedelt, aber mindestens 3,5 km voneinander entfernt sind.

Die Fahrtstrecken werden auf der Grundlage der Kilometerentfernung der kürzesten Strecke zwischen dem Zentrum des Abfahrtortes und dem Zentrum des Ankunftsortes berechnet. Sowohl die Hin- als auch die Rückfahrt werden berücksichtigt.

Die Beteiligung des Entleihers an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers, die beim Zurücklegen der auf Grundlage der in den Absätzen 1 bis 3 berechneten Fahrtstrecke entstehen, geschieht in Form einer pauschalen Kilometerentschädigung.

Diese pauschale Kilometerentschädigung entspricht dem Betrag, der in Artikel 12 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 23. April 2015 zur Regelung der Spesenerstattung in gewissen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt ist.

Der Entleiher entrichtet diese Beteiligung nach Beendigung der Tätigkeit und spätestens vor Monatsende."

13. § 10 Absätze 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

"Im Falle einer zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit, die auf einen Unfall im Rahmen einer Tätigkeit gemäß dem vorliegenden Artikel zurückzuführen ist, zahlt die Versicherungsgesellschaft in Abweichung der Artikel 22 bis 23bis und 34 bis 39 des vorerwähnten Gesetzes dem LBA-Arbeitnehmer einen LBA-Lohn in Höhe von 6,00 Euro pro Unfähigkeitstag, mit Ausnahme des Sonntags, aus."

14. in § 10 Absatz 5, der zu Absatz 4 wird, wird das Wort "Arbeitslosen" durch das Wort "LBA-Arbeitnehmer" ersetzt;

15. in § 13 Absatz 1 wird die Wortfolge "die in § 8 Absatz 2 und § 9 Absatz 1 erwähnten Beträge" durch die Wortfolge "den in § 5 Absatz 5 und § 10 Absatz 3 erwähnten Betrag" ersetzt;

16. in § 13 Absatz 2 wird die Wortfolge "des LBA-Schecks" durch die Wortfolge "der eingereichten, nicht annullierten Tätigkeitsstunden" und die Wortfolge "§ 10 Absatz 4 Nummer 3" durch die Wortfolge "§ 10 Absatz 3" ersetzt.

**Art. 2** - Artikel 79bis desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 und 2 werden aufgehoben;

2. § 3 Nummer 1 Buchstabe b) wird wie folgt ersetzt:

"b) Hilfe bei der Beaufsichtigung, Betreuung, Begleitung oder Unterstützung von Kindern, von kranken Personen, Senioren oder Personen mit Unterstützungsbedarf;"

3. in § 3 Nummer 3 wird die Wortfolge "zugunsten der lokalen Behörden" durch die Wortfolge "zugunsten des Ministeriums, der Einrichtungen öffentlichen Interesses, des Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der lokalen Behörden des deutschen Sprachgebiets" ersetzt;

4. in § 4 Absatz 1 wird das Wort "Wohnsitz" durch das Wort "Hauptwohnsitz" ersetzt;

5. § 4 Absätze 2 und 3 werden aufgehoben;

6. in § 4 Absatz 4 wird die Wortfolge "den Absätzen 1 bis 3" durch die Wortfolge "Absatz 1" ersetzt.

#### KAPITEL 2 — ABÄNDERUNGEN DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 17. DEZEMBER 1999 IN BEZUG AUF DIE LBA-ARBEITNEHMER, DEREN LOHN VON DEN ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZENTREN GEZAHLT WIRD

**Art. 3** - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter "LBA-Arbeitnehmer" die Arbeitssuchenden, die die in Artikel 79 § 4 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit festgelegten Bedingungen erfüllen und die ein Anrecht auf ein Eingliederungseinkommen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung oder auf eine finanzielle Sozialhilfe gemäß den Bestimmungen des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren haben."

**Art. 4** - Artikel 3 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 3 - Am Ende jedes Monats füllen der Entleiher und der LBA-Arbeitnehmer gemeinsam eine Leistungsbescheinigung der beim Entleiher geleisteten angefangenen Tätigkeitsstunden aus.

Diese Leistungsbescheinigung wird in zwei Exemplaren ausgestellt und von beiden Parteien unterzeichnet.

Der Entleiher bewahrt sein Exemplar während einem Jahr auf.

Der LBA-Arbeitnehmer reicht seine Leistungsbescheinigungen zusammen mit seinem Leistungsformular monatlich beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hiernach "Arbeitsamt" genannt, ein.

Das Arbeitsamt annulliert die durch den LBA-Arbeitnehmer eingereichten Tätigkeitsstunden, wenn er die in Artikel 79 § 4 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit erwähnten Bedingungen nicht erfüllt oder die Anzahl Tätigkeitsstunden die in Artikel 79bis § 4 desselben Erlasses erwähnten Grenzen überschreitet.

Das Arbeitsamt zahlt dem LBA-Arbeitnehmer monatlich für jede durch ihn eingereichte, nicht annullierte Tätigkeitsstunde einen Betrag von 6,00 Euro aus."

**Art. 5** - Artikel 4 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird aufgehoben.

**Art. 6** - Artikel 5 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

*“Art. 5 - Der Entleiher beteiligt sich an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers gemäß den in Artikel 79 § 9 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit festgelegten Modalitäten.”*

**Art. 7** - In Artikel 6 Absatz 3 Nummer 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 14. März 2003, wird der Betrag “4,10 Euro” durch den Betrag “6,00 Euro” ersetzt.

**Art. 8** - Artikel 7 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge “Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 und Artikel 5 Absatz 1” durch die Wortfolge “Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 6 Absatz 3 Nummer 2” ersetzt.

2. in Absatz 2 wird die Wortfolge “des LBA-Schecks” durch die Wortfolge “der eingereichten, nicht annullierten Tätigkeitsstunden” ersetzt;

#### KAPITEL 3 — ABÄNDERUNGEN DES MINISTERIELLEN ERLASSES VOM 26. NOVEMBER 1991 ZUR FESTLEGUNG DER ANWENDUNGSMODALITÄTEN DER REGELUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

**Art. 9** - Artikel 54 des Ministeriellen Erlasses vom 26. November 1991 zur Festlegung der Anwendungsmodalitäten der Regelung der Arbeitslosigkeit, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird aufgehoben.

**Art. 10** - Artikel 55 desselben Erlasses, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 8. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 2 Absatz 1 wird das Wort “Arbeitslosen” durch das Wort “LBA-Arbeitnehmer” ersetzt;

2. § 2 Absatz 2 wird aufgehoben.

#### KAPITEL 4 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 11** - Der Erlass der Regierung vom 30. November 2017 zur Festlegung der Beteiligung des Entleihers an den Fahrtkosten des LBA-Arbeitnehmers wird aufgehoben.

**Art. 12** - Die vor dem 1. Januar 2023 ausgegebenen LBA-Schecks unterliegen in Bezug auf den Zeitpunkt der Bezahlung des LBA-Arbeitnehmers, die Gültigkeitsdauer sowie die Rückerstattungs-, Einreichungs- und Auszahlungsmodalitäten weiterhin den Bestimmungen des Artikels 79 § 3 und § § 8-9 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit und den Bestimmungen der Artikel 3 bis 5 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2022.

In Abweichung von Absatz 1 zahlt das Arbeitsamt dem LBA-Arbeitnehmer monatlich für jeden durch ihn eingereichten, nicht annullierten LBA-Scheck einen Betrag von 6,00 Euro aus, insofern die Tätigkeitsstunden nach dem 31. Dezember 2022 ausgeführt wurden.

Die vor dem 1. Januar 2023 ausgegebenen LBA-Schecks unterliegen in Bezug auf die Aufbewahrungsdauer der Übersicht der genutzten LBA-Schecks und die auszustellenden Steuerbescheinigungen weiterhin den Bestimmungen des Artikels 54 § § 1-2 des Ministeriellen Erlasses vom 26. November 1991 zur Festlegung der Anwendungsmodalitäten der Regelung der Arbeitslosigkeit, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2022.

**Art. 13** - In Abweichung von Artikel 79 § 4 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit gelten folgende Personen als Arbeitsuchende, die Tätigkeiten im Rahmen der lokalen Beschäftigungsagentur ausüben können:

1. die entschädigten Vollarbeitslosen, die am 31. Dezember 2022 gemäß Artikel 79 § 4 Absatz 5 desselben Erlasses, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2022, als Kandidat bei der lokalen Beschäftigungsagentur eingetragen waren;

2. die Arbeitsuchenden, die am 31. Dezember 2022 gemäß Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 17. Dezember 1999 in Bezug auf die LBA-Arbeitnehmer, deren Lohn von den öffentlichen Sozialhilfezentren gezahlt wird, in seiner Fassung vom 31. Dezember 2022, als Kandidat bei der lokalen Beschäftigungsagentur eingetragen waren.

**Art. 14** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

**Art. 15** - Der für Beschäftigung zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 22. Dezember 2022

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien  
I. WEYKMANS

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/204473]

## 22 DECEMBRE 2022. — Arrêté du Gouvernement visant à réformer le système des agences locales pour l'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, l'article 8, § 2, alinéa 4, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 2, alinéa 5, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, l'article 8, § 3, alinéa 2, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, l'article 8, § 3, alinéa 3, modifié par les lois des 30 mars 1994 et 7 avril 1999 ainsi que le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par les lois des 30 mars 1994 et 22 décembre 2008 ainsi que le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 4, alinéa 3, modifié par les lois des 30 mars 1994 et 7 avril 1999 ainsi que le décret du 23 janvier 2017, l'article 8, § 5, modifié par les lois des 30 mars 1994 et 7 avril 1999 ainsi que le décret du 25 avril 2016, l'article 8, § 8, modifié par les lois des 30 mars 1994 et 5 mars 2002 ainsi que le décret du 25 avril 2016;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2017 fixant la participation de l'utilisateur aux frais de déplacement encourus par les travailleurs ALE;

Vu l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 16 décembre 2022;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 16 décembre 2022;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que le système des agences locales pour l'emploi (ALE) permet d'exercer des activités non rencontrées par les circuits de travail réguliers; que ces services sont utilisés, d'une part, par des particuliers qui ne sont généralement plus en mesure d'effectuer ces activités eux-mêmes; que, d'autre part, un grand nombre d'autorités locales, d'établissements d'enseignement et d'associations sans but lucratif font exercer, par le biais du système ALE, des services pertinents d'un point de vue social et d'intérêt général; que le marché public de services relatif à l'impression et à la délivrance de chèques ALE prend toutefois fin le 31 décembre 2022; qu'il n'est pas possible de prolonger le marché en cours; qu'en raison de la grande incertitude concernant les candidats potentiels et les besoins spécifiques des utilisateurs ALE, il convient, à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2023, de gérer le système des agences locales pour l'emploi de manière autonome et de ne plus passer de marché public à cet égard; que la sécurité juridique et la continuité du service public doivent être garanties par une transition vers le nouveau système aussi rapide et fluide que possible, de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 8 décembre 2022;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1<sup>er</sup>. — *Modifications de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage*

**Article 1<sup>er</sup>.** À l'article 79 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 2, les mots « et s'acquitte du droit d'inscription mentionné à l'article 79bis, § 1<sup>er</sup> » sont abrogés;

2° dans le § 2, alinéa 3, les mots « pour une durée d'un an maximum » et la phrase « Elle transmet les données du formulaire à l'éditeur des chèques ALE. » sont abrogés;

3° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 3 et 4, qui devient l'alinéa 5 :

« L'utilisateur qui dispose d'un formulaire d'utilisateur validé a accès à un espace personnel sur un portail électronique mis à disposition par l'Office de l'emploi. »;

4° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - L'utilisateur qui dispose d'un formulaire d'utilisateur validé peut acheter des chèques ALE en :

1° commandant ces chèques ALE par l'intermédiaire de son espace personnel sur le portail électronique. Il verse à l'agence locale pour l'emploi un montant correspondant au nombre de chèques ALE souhaité multiplié par le prix d'acquisition d'un chèque ALE;

2° acquérant les chèques ALE auprès de l'agence locale pour l'emploi sur place.

Le prix d'acquisition d'un chèque ALE s'élève à 7,00 euros. Le ministre communautaire peut adapter ce montant sur avis émis par le comité de gestion de l'Office de l'emploi.

Un chèque ALE sert à payer une heure d'activité conformément aux § 5 et 6.

Un chèque ALE est établi au nom de l'utilisateur qui l'a acheté et ne peut être transféré à d'autres utilisateurs. »;

5° le § 4 est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Sans préjudice des conditions prévues dans la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, et ses arrêtés d'exécution sont considérées comme demandeurs d'emploi qui peuvent exercer des activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi, conformément à l'article 8, § 3, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, les personnes énumérées ci-après, pour autant que leur résidence principale se trouve en Belgique, qu'elles ne soient plus soumises à l'obligation scolaire à temps partiel et qu'elles n'aient pas atteint l'âge légal de la retraite :

1° le demandeur d'emploi qui n'a pas atteint l'âge de 45 ans et qui apporte la preuve d'une durée d'inscription comme demandeur d'emploi inoccupé d'au moins un an auprès de l'Office de l'emploi;

2° le demandeur d'emploi qui a atteint l'âge de 45 ans et qui apporte la preuve d'une durée d'inscription comme demandeur d'emploi inoccupé d'au moins six mois auprès de l'Office de l'emploi.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les demandeurs d'emploi peuvent, à partir du premier jour de leur inscription comme demandeurs d'emploi inoccupés auprès de l'Office de l'emploi, exercer des activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi, pour autant qu'ils ne puissent pas être placés directement sur le marché de l'emploi primaire et que lesdites activités ALE constituent une étape utile dans leur parcours d'insertion professionnelle. Ces demandeurs d'emploi sont très éloignés du marché du travail en raison de problèmes d'ordre social ou de santé ou présentent un manque de qualifications ou des connaissances linguistiques insuffisantes. En cas de problèmes d'ordre social ou de santé, ils ne sont en outre pas en mesure d'exercer une activité professionnelle à mi-temps au moins.

Par dérogation aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2, les chômeurs qui sont occupés comme travailleurs à temps partiel ainsi que les chômeurs qui bénéficient du régime de chômage avec complément d'entreprise ou qui perçoivent une indemnité complémentaire pour travailleurs frontaliers âgés licenciés ne peuvent exercer aucune activité conformément au présent article.

Le ministre communautaire peut, en cas d'urgence et dans l'intérêt général, prévoir des dérogations aux conditions relatives à la durée d'inscription comme demandeur d'emploi inoccupé auprès de l'Office de l'emploi.

Les périodes fixées à l'article 3, 1<sup>o</sup>, 2<sup>o</sup>, 3<sup>o</sup>, 6<sup>o</sup> et 9<sup>o</sup>, de l'arrêté du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi sont assimilées à la durée d'inscription comme demandeur d'emploi inoccupé mentionnée aux alinéas 1<sup>er</sup>, 2 et 5.

L'agence locale pour l'emploi remet au demandeur d'emploi qui effectue des activités dans le cadre de ladite agence le contrat de travail ALE mentionné dans la loi du 7 avril 1999 relative au contrat de travail ALE, et ce, avant le début desdites activités.

L'agence locale pour l'emploi remet au travailleur ALE, mensuellement, un formulaire de prestations dont il ressort que ce travailleur ALE remplit les conditions fixées pour exercer des activités conformément au présent article. Ces activités ne peuvent être menées que par des travailleurs ALE en possession d'un formulaire de prestations valide. Un travailleur ALE peut travailler pour plusieurs utilisateurs.

Avant le début de l'activité, le travailleur ALE inscrit sur son formulaire de prestations, pour chaque heure d'activité entamée, la date, l'heure et le nom ou la dénomination de l'utilisateur. »;

6<sup>o</sup> le § 5 est remplacé par ce qui suit :

« § 5 - À la fin de chaque mois, l'utilisateur et le travailleur ALE remplissent ensemble une attestation de prestations des heures d'activité entamées prestées auprès de l'utilisateur. Cette attestation de prestations est établie en deux exemplaires et signée par les deux parties.

L'utilisateur conserve son exemplaire pendant un an.

Le travailleur ALE introduit chaque mois ses attestations de prestations auprès de l'Office de l'emploi, accompagnées de son formulaire de prestations.

L'Office de l'emploi invalide les heures d'activité introduites par le travailleur ALE si celui-ci ne remplit pas les conditions mentionnées au § 4 ou si le nombre d'heures d'activité dépasse les limites mentionnées à l'article 79bis, § 4.

Pour toute heure d'activité non invalidée introduite par le travailleur ALE, l'Office de l'emploi lui liquide mensuellement un montant de 6,00 euros. »;

7<sup>o</sup> le § 6 est remplacé par ce qui suit :

« § 6 - L'utilisateur dispose d'un crédit ALE correspondant à la somme des chèques ALE achetés conformément au § 3 moins la somme des heures d'activité prestées auprès de l'utilisateur et introduites conformément au § 5 par les travailleurs ALE. L'Office de l'emploi déduit chaque mois ces heures d'activité du crédit ALE de l'utilisateur, les heures d'activité étant d'abord déduites des chèques ALE dont l'achat remonte le plus loin dans le temps.

L'utilisateur ne peut faire exercer des activités que s'il dispose d'un crédit ALE positif. Si, au cours d'un mois donné, le nombre d'heures d'activité prestées auprès de l'utilisateur et introduites conformément au § 5 par les travailleurs ALE dépasse le crédit ALE, l'Office de l'emploi réclame à l'utilisateur la différence multipliée par le prix d'acquisition fixé au § 3, alinéa 2.

L'utilisateur peut à tout moment, sur demande et sans justification, se faire rembourser par l'Office de l'emploi son crédit ALE restant. Le montant à rembourser est obtenu en multipliant le crédit ALE défini à l'alinéa 1<sup>er</sup> par le prix d'acquisition respectif des chèques ALE achetés conformément au § 3.

Par dérogation à l'alinéa 3, pour les chèques ALE donnant lieu à une attestation fiscale et pour lesquels le remboursement est demandé après l'année calendrier de l'achat, le montant remboursé par l'Office de l'emploi à l'utilisateur résulte de la multiplication entre le prix d'acquisition et la différence entre 100% et le pourcentage fixé à l'article 145/21, alinéa 2, du Code des impôts sur les revenus 1992. Dans ce cas, la différence entre le prix d'acquisition et le montant remboursé par l'Office de l'emploi à l'utilisateur est versée à la Région wallonne. »;

8<sup>o</sup> dans le § 7, alinéa 1<sup>er</sup>, le 3<sup>o</sup> est remplacé par ce qui suit :

« 3<sup>o</sup> ne remplit ni ne signe, dans le délai imparti, l'attestation de prestations mensuelle mentionnée au § 5; »

9<sup>o</sup> dans le § 7, alinéa 1<sup>er</sup>, 5<sup>o</sup>, les mots « , alinéa 2, » sont abrogés et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

10<sup>o</sup> dans le § 7, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 6<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 6<sup>o</sup> présente un crédit ALE négatif et ne satisfait pas à la demande de récupération de l'Office de l'emploi mentionnée au § 6, alinéa 2, dans un délai d'un mois après en avoir été informé par écrit par l'Office de l'emploi. »;

11<sup>o</sup> le § 8 est remplacé par ce qui suit :

« § 8 - Chaque année avant le 1<sup>er</sup> avril, l'Office de l'emploi délivre à l'utilisateur, personne physique, une attestation fiscale mentionnant les montants que ledit utilisateur a consacrés, au cours de l'année calendrier précédente, à l'acquisition de chèques ALE conformément au § 3.

De ces montants sont déduits les remboursements effectués au cours de la même année calendrier par l'Office de l'emploi à l'utilisateur conformément au § 6, alinéa 3.

Chaque année avant le 1<sup>er</sup> mars, l'Office de l'emploi transmet au Service public fédéral Finances les données contenues dans les attestations fiscales. »;

12° le § 9 est remplacé par ce qui suit :

« § 9 - L'utilisateur contribue aux frais encourus par le travailleur ALE pour l'utilisation de moyens de transport en vue de parcourir la distance entre la localité où se trouve son domicile et celle où sont exercées les activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi, et ce, à la condition que cette distance soit au moins égale à 3,5 km.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'utilisateur contribue également aux frais de déplacement lorsque le domicile du travailleur ALE et le lieu où sont exercées les activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi sont situés dans la même localité, mais sont au moins distants de 3,5 km.

Les distances sont calculées en se basant sur la distance en kilomètres du trajet le plus court entre le centre de la localité de départ et le centre de la localité d'arrivée. Sont pris en compte tant le trajet aller que le trajet retour.

La participation de l'utilisateur aux frais de déplacement du travailleur ALE qui découlent des déplacements effectués en vue de parcourir la distance calculée sur la base des alinéas 1<sup>er</sup> à 3 prend la forme d'une indemnité kilométrique forfaitaire.

Cette indemnité kilométrique forfaitaire correspond au montant fixé à l'article 12, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 23 avril 2015 réglant le remboursement de frais dans certaines institutions de la Communauté germanophone.

L'utilisateur acquitte cette participation à la fin de l'activité et au plus tard avant la fin du mois. »;

13° dans le § 10, les alinéas 3 à 4 sont remplacés par ce qui suit :

« En cas d'incapacité temporaire de travail résultant d'un accident survenu dans le cadre d'une activité menée conformément au présent article, la société d'assurances paie au travailleur ALE, par dérogation aux articles 22 à 23bis et 34 à 39 de la loi précitée, une rémunération ALE d'un montant de 6,00 euros par jour d'incapacité, dimanche exclu. »;

14° dans le § 10, alinéa 5, qui devient l'alinéa 4, les mots « au chômeur » sont remplacés par les mots « au travailleur ALE »;

15° dans le § 13, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « les montants mentionnés aux § 8, alinéa 2, et § 9, alinéa 1<sup>er</sup> » sont remplacés par les mots « le montant mentionné au § 5, alinéa 5, et au § 10, alinéa 3 »;

16° dans le § 13, alinéa 2, les mots « du chèque ALE par l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « par l'Office de l'emploi des heures d'activité non invalidées introduites » et les mots « mentionné au § 10, alinéa 4, 3° » sont remplacés par les mots « mentionnée au § 10, alinéa 3 ».

**Art. 2.** À l'article 79bis du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° les § § 1<sup>er</sup> et 2 sont abrogés;

2° dans le § 3, 1°, le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) l'aide à la surveillance, à l'encadrement, à l'accompagnement ou au soutien d'enfants, de personnes malades, de personnes âgées ou de personnes dépendantes; »

3° dans le § 3, 3°, les mots « au profit des autorités locales, » sont remplacés par les mots « au profit du Ministère, des organismes d'intérêt public, du Parlement et du Conseil économique et social de la Communauté germanophone ainsi que des autorités locales de la région de langue allemande, »;

4° dans le § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, le mot « domicilié » est remplacé par les mots « ayant sa résidence principale »;

5° dans le § 4, les alinéas 2 et 3 sont abrogés;

6° dans le § 4, alinéa 4, les mots « aux alinéas 1<sup>er</sup> à 3 » sont remplacés par les mots « à l'alinéa 1<sup>er</sup> ».

Chapitre 2. — *Modifications de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale*

**Art. 3.** L'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Article 1<sup>er</sup> - Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par "travailleur ALE" les demandeurs d'emploi qui remplissent les conditions fixées à l'article 79, § 4, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage et qui ont droit à un revenu d'intégration conformément aux dispositions de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale ou bien à une aide sociale financière conformément aux dispositions de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale. »

**Art. 4.** L'article 3 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3 - À la fin de chaque mois, l'utilisateur et le travailleur ALE remplissent ensemble une attestation de prestations des heures d'activité entamées prestées auprès de l'utilisateur.

Cette attestation de prestations est établie en deux exemplaires et signée par les deux parties.

L'utilisateur conserve son exemplaire pendant un an.

Le travailleur ALE introduit chaque mois ses attestations de prestations auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone (ci-après l'"Office de l'emploi"), accompagnées de son formulaire de prestations.

L'Office de l'emploi invalide les heures d'activité introduites par le travailleur ALE si celui-ci ne remplit pas les conditions mentionnées à l'article 79, § 4, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage ou si le nombre d'heures d'activité dépasse les limites mentionnées à l'article 79bis, § 4, du même arrêté.

Pour toute heure d'activité non invalidée introduite par le travailleur ALE, l'Office de l'emploi lui liquide mensuellement un montant de 6,00 euros. »;

**Art. 5.** L'article 4 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, est abrogé.

**Art. 6.** L'article 5 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 5 - L'utilisateur participe aux frais de déplacement du travailleur ALE conformément aux modalités fixées dans l'article 79, § 9, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.* »

**Art. 7.** Dans l'article 6, alinéa 3, 2°, du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 14 mars 2003, le montant « 4,10 euros » est remplacé par le montant « 6,00 euros ».

**Art. 8.** À l'article 7 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « mentionnés aux articles 3, alinéa 2, 4 et 5, alinéa 1<sup>er</sup> » sont remplacés par les mots « mentionnés à l'article 3, alinéa 5, et à l'article 6, alinéa 3, 2° »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « du chèque ALE par l'Office de l'emploi » sont remplacés par les mots « par l'Office de l'emploi des heures d'activité non invalidées introduites ».

*Chapitre 3. — Modifications de l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991  
portant les modalités d'application de la réglementation du chômage*

**Art. 9.** L'article 54 de l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, est abrogé.

**Art. 10.** À l'article 55 du même arrêté, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 8 juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le chômeur » sont remplacés par les mots « le travailleur ALE »;

2° dans le § 2, l'alinéa 2 est abrogé.

*Chapitre 4. — Dispositions finales*

**Art. 11.** L'arrêté du Gouvernement du 30 novembre 2017 fixant la participation de l'utilisateur aux frais de déplacement encourus par les travailleurs ALE est abrogé.

**Art. 12.** Les chèques ALE édités avant le 1<sup>er</sup> janvier 2023 continuent d'être soumis, en ce qui concerne le moment du paiement du travailleur ALE et la durée de validité ainsi que leurs modalités de remboursement, d'introduction et de paiement, aux dispositions de l'article 79, §§ 3, 8 et 9, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage et à celles des articles 3 à 5 de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale, dans leur version respective en vigueur au 31 décembre 2022.

Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, pour tout chèque ALE non invalidé introduit par le travailleur ALE, l'Office de l'emploi lui liquide mensuellement un montant de 6,00 euros, pour autant que les heures d'activité aient été effectuées après le 31 décembre 2022.

Les chèques ALE édités avant le 1<sup>er</sup> janvier 2023 continuent d'être soumis, en ce qui concerne la durée de conservation du relevé des chèques ALE utilisés et les attestations fiscales à délivrer, aux dispositions de l'article 54, §§ 1<sup>er</sup> et 2, de l'arrêté ministériel du 26 novembre 1991 portant les modalités d'application de la réglementation du chômage, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2022.

**Art. 13.** Par dérogation à l'article 79, § 4, de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage sont considérées comme demandeurs d'emploi qui peuvent exercer des activités dans le cadre de l'agence locale pour l'emploi les personnes suivantes :

1° les chômeurs complets indemnisés qui, au 31 décembre 2022, étaient inscrits comme candidats auprès de l'agence locale pour l'emploi conformément à l'article 79, § 4, alinéa 5, du même arrêté, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2022;

2° les demandeurs d'emploi qui, au 31 décembre 2022, étaient inscrits comme candidats auprès de l'agence locale pour l'emploi conformément à l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté royal du 17 décembre 1999 relatif aux travailleurs ALE dont la rémunération est payée par les centres publics d'aide sociale, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2022.

**Art. 14.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2023.

**Art. 15.** Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 22 décembre 2022.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports,  
de l'Emploi et des Médias,  
I. WEYKMANS



## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/204473]

**22 DECEMBER 2022. — Besluit van de Regering tot hervorming van het stelsel van de plaatselijke werkgelegenheidsagentschappen**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, artikel 8, § 2, vierde lid, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, artikel 8, § 2, vijfde lid, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, artikel 8, § 3, tweede lid, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, artikel 8, § 3, derde lid, gewijzigd bij de wetten van 30 maart 1994 en 7 april 1999 en bij het decreet van 25 april 2016, artikel 8, § 4, eerste lid, gewijzigd bij de wetten van 30 maart 1994 en 22 december 2008 en bij het decreet van 25 april 2016, artikel 8, § 4, derde lid, gewijzigd bij de wetten van 30 maart 1994 en 7 april 1999 en bij het decreet van 23 januari 2017, artikel 8, § 5, gewijzigd bij de wetten van 30 maart 1994 en 7 april 1999 en bij het decreet van 25 april 2016, artikel 8, § 8, gewijzigd bij de wetten van 30 maart 1994 en 5 maart 2002 en bij het decreet van 25 april 2016;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

Gelet op het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn;

Gelet op het besluit van de Regering van 30 november 2017 tot vaststelling van de tegemoetkoming van de gebruiker in de verplaatsingskosten van de PWA-werknemer;

Gelet op het ministerieel besluit van 26 november 1991 houdende toepassingsregelen van de werkloosheidsreglementering;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 16 december 2022;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 16 december 2022;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat via het stelsel van de plaatselijke werkgelegenheidsagentschappen (PWA) activiteiten worden verricht die in de reguliere arbeidscircuits niet voorkomen; dat enerzijds privépersonen die in de regel niet meer in staat zijn om die activiteiten zelf te verrichten, een beroep doen op diensten via het PWA-stelsel; dat anderzijds een groot aantal lokale besturen, onderwijsinstellingen en verenigingen zonder winstoogmerk via het PWA-stelsel maatschappelijk relevante diensten van algemeen belang laten verrichten; dat de overheidsopdracht voor het drukken en uitgeven van PWA-cheques echter afloopt op 31 december 2022; dat de huidige overheidsopdracht niet kan worden verlengd; dat het op grond van de grote onzekerheid omtrent mogelijke kandidaten en de specifieke behoeften van de PWA-gebruikers aangewezen is het stelsel van de plaatselijke werkgelegenheidsagentschappen vanaf 1 januari 2023 zelf te beheren en daarvoor geen overheidsopdracht meer te gunnen; dat de rechtszekerheid en de continuïteit van de openbare dienstverlening moeten worden gewaarborgd door zo snel mogelijk te voorzien in een naadloze overgang naar het nieuwe systeem; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad, gegeven op 8 december 2022;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

**HOOFDSTUK 1. — Wijziging van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering**

**Artikel 1.** In artikel 79 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, worden de woorden "en betaalt het inschrijvingsrecht vermeld in artikel 79bis, § 1" opgeheven;

2° in § 2, derde lid, worden de woorden "voor een duurtijd van ten hoogste één jaar" en de zin "Het zendt de gegevens van het formulier over aan de uitgever van de PWA-cheques." opgeheven;

3° tussen het derde lid en het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, wordt een nieuw vierde lid ingevoegd, luidende:

"De gebruiker die over een gevalideerd gebruikersformulier beschikt, krijgt toegang tot een persoonlijke zone van een elektronisch portaal dat ter beschikking wordt gesteld door de Dienst voor arbeidsbemiddeling."

4° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - De gebruiker die over een gevalideerd gebruikersformulier beschikt, kan PWA-cheques kopen als hij:

1° die PWA-cheques bestelt via zijn persoonlijke zone op het elektronische portaal. Hij maakt aan het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap een bedrag over dat overeenstemt met het gewenste aantal PWA-cheques vermenigvuldigd met de aanschafprijs van een PWA-cheque;

2° zich de PWA-cheques ter plaatse aanschaf bij het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap.

De aanschafprijs van een PWA-cheque bedraagt 7,00 euro. Na advies van het beheerscomité van de Dienst voor arbeidsbemiddeling kan de Gemeenschapsminister dat bedrag aanpassen.

Met een PWA-cheque wordt één activiteitsuur betaald overeenkomstig § 5 tot 6.

Een PWA-cheque staat op naam van de gebruiker die hem heeft gekocht en kan niet aan andere gebruikers worden overgedragen."

5° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt:

” § 4 - Onverminderd de voorwaarden bepaald in de wet van 14 juli 1994 betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen en de uitvoeringsbesluiten ervan, worden de volgende personen beschouwd als werkzoekenden die activiteiten kunnen uitoefenen in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap overeenkomstig artikel 8, § 3, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, voor zover zij hun hoofdverblijfplaats in België hebben, niet langer onderworpen zijn aan de deeltijdse leerplicht en de wettelijke pensioenleeftijd niet hebben bereikt:

1° de werkzoekende die de leeftijd van 45 jaar nog niet heeft bereikt en al minstens één jaar als niet-werkende werkzoekende bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling is ingeschreven;

2° de werkzoekende die de leeftijd van 45 jaar heeft bereikt en al minstens zes maanden als niet-werkende werkzoekende bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling is ingeschreven.

In afwijking van het eerste lid kunnen werkzoekenden vanaf de eerste dag dat ze als niet-werkende werkzoekende bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling zijn ingeschreven, activiteiten verrichten in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap, voor zover zij niet direct aan het werk kunnen op de primaire arbeidsmarkt en PWA-activiteiten zinvol kunnen zijn voor hun integratie op de arbeidsmarkt. Die werkzoekenden hebben een grote achterstand op de arbeidsmarkt door sociale of gezondheidsgerelateerde problemen of door een gebrek aan kwalificaties of taalkennis. In geval van sociale of gezondheidsgerelateerde problemen zijn ze bovendien niet in staat minstens halftijds te werken.

In afwijking van het eerste en het tweede lid mogen werklozen die als deeltijdse werknemers tewerkgesteld zijn en werklozen die het stelsel van werkloosheid met bedrijfstoeslag genieten of een aanvullende vergoeding voor ontslagen oudere grensarbeiders ontvangen, geen activiteit verrichten overeenkomstig dit artikel.

De Gemeenschapsminister kan, in noodsituaties en omwille van het algemeen belang, afwijkingen voorzien van de voorwaarden inzake de duur van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als niet-werkende werkzoekende.

De periodes bepaald in artikel 3, 1°, 2°, 3°, 6° en 9°, van het besluit van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, worden gelijkgesteld met de in het eerste, tweede en vijfde lid vermelde duur van de inschrijving bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling als niet-werkende werkzoekende.

Het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap bezorgt de PWA-arbeidsovereenkomst vermeld in de wet van 7 april 1999 betreffende de PWA-arbeidsovereenkomst, vóór de aanvang van de prestaties, aan de werkzoekende die prestaties verricht in het kader van een plaatselijk werkgelegenheidsagentschap.

Het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap bezorgt aan de PWA-werknemer maandelijks een prestatieformulier waaruit blijkt dat de PWA-werknemer aan de vereisten voldoet om activiteiten te verrichten met toepassing van dit artikel. Die activiteiten mogen alleen verricht worden door PWA-werknemers die in het bezit zijn van een geldig prestatieformulier. Een PWA-werknemer kan voor verschillende gebruikers werken.

Voor elk aangevangen activiteitsuur noteert de PWA-werknemer, vóór de aanvang van de prestaties, de datum, het uur en de naam of benaming van de gebruiker op zijn prestatieformulier.”

6° paragraaf 5 wordt vervangen als volgt:

” § 5 - Op het einde van elke maand vullen de gebruiker en de PWA-werknemer samen een attest in waaruit blijkt hoeveel aangevangen activiteitsuren de PWA-werknemer bij de gebruiker heeft verricht. Dat prestatieattest wordt opgemaakt in twee exemplaren en wordt ondertekend door beide partijen.

De gebruiker bewaart zijn exemplaar gedurende één jaar.

De PWA-werknemer dient zijn prestatieattesten samen met zijn prestatieformulier maandelijks in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling verklaart de door de PWA-werknemer ingediende activiteitsuren ongeldig, als betrokkene niet voldoet aan de voorwaarden vermeld in paragraaf 4 of als het aantal activiteitsuren hoger is dan de grenzen vermeld in artikel 79bis, § 4.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling betaalt aan de PWA-werknemer maandelijks een bedrag van 6,00 euro per niet ongeldig verklaard activiteitsuur dat betrokkene heeft ingediend.”

7° paragraaf 6 wordt vervangen als volgt:

” § 6 - De gebruiker heeft een PWA-tegoed dat gelijk is aan de som van de overeenkomstig § 3 aangekochte PWA-cheques, verminderd met de som van de overeenkomstig § 5 ingediende activiteitsuren die PWA-werknemers bij de gebruiker hebben verricht. De Dienst voor arbeidsbemiddeling trekt deze activiteitsuren maandelijks af van het PWA-tegoed van de gebruiker, waarbij de activiteitsuren eerst in mindering worden gebracht van de PWA-cheques die het langst geleden zijn aangekocht.

De gebruiker mag alleen activiteiten laten verrichten, als hij een positief saldo op zijn PWA-tegoed heeft. Als in een maand de door PWA-werknemers overeenkomstig § 5 ingediende, bij de gebruiker verrichte activiteitsuren het PWA-tegoed overschrijden, vordert de Dienst voor arbeidsbemiddeling het verschil, vermenigvuldigd met de in § 3, tweede lid, bepaalde aanschafprijs, terug van de gebruiker.

De gebruiker kan zijn resterende PWA-tegoed te allen tijde op verzoek en zonder opgave van redenen door de Dienst voor arbeidsbemiddeling laten terugbetalen. Het terug te betalen bedrag wordt berekend door het in het eerste lid omschreven PWA-tegoed te vermenigvuldigen met de betaalde aanschafprijs van de overeenkomstig § 3 aangekochte PWA-cheques.

In afwijking van het derde lid wordt het bedrag dat de Dienst voor arbeidsbemiddeling aan de gebruiker terugbetaalt voor de PWA-cheques die aanleiding geven tot een fiscaal attest en waarvoor de terugbetaling na het kalenderjaar van de aankoop wordt gevraagd, berekend door de aanschafprijs te vermenigvuldigen met het verschil tussen 100% en het percentage bepaald in artikel 145/21, tweede lid, van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992. Het verschil tussen de aanschafprijs en het bedrag dat de Dienst voor arbeidsbemiddeling aan de gebruiker terugbetaalt, wordt in dit geval aan het Waals Gewest betaald.”

8° § 7, eerste lid, 3°, wordt vervangen als volgt:

”3° het in paragraaf 5 vermelde maandelijks prestatieattest niet binnen de gestelde termijn invult en ondertekent;”

9° in § 7, eerste lid, 5°, worden de woorden “, tweede lid,” opgeheven en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

10° § 7, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

“6° een negatief saldo op zijn PWA-tegoed heeft en geen gevolg geeft aan de in § 6, tweede lid, vermelde terugvordering door de Dienst voor arbeidsbemiddeling binnen een maand nadat hij daarvan schriftelijk in kennis is gesteld door de Dienst voor arbeidsbemiddeling.”

11° paragraaf 8 wordt vervangen als volgt:

“§ 8 - De Dienst voor arbeidsbemiddeling bezorgt de gebruiker die een natuurlijke persoon is, elk jaar vóór 1 april een fiscaal attest waarin de bedragen worden vermeld die de gebruiker in het voorgaande kalenderjaar heeft gebruikt voor de aankoop van PWA-cheques overeenkomstig § 3.

Van die bedragen worden de bedragen afgetrokken die de Dienst voor arbeidsbemiddeling in hetzelfde kalenderjaar overeenkomstig § 6, derde lid, aan de gebruiker heeft terugbetaald.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling geeft de gegevens vermeld in de fiscale attesten elk jaar vóór 1 maart door aan de Federale Overheidsdienst Financiën.

12° paragraaf 9 wordt vervangen als volgt:

“§ 9 - De gebruiker betaalt een tegemoetkoming in de kosten die de PWA-werknemer maakt om zich te verplaatsen tussen de plaats waar de woonplaats van de PWA-werknemer zich bevindt en de plaats waar de activiteiten in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap worden uitgeoefend, op voorwaarde dat die afstand minstens 3,5 km bedraagt.

In afwijking van het eerste lid betaalt de gebruiker ook een tegemoetkoming in de verplaatsingskosten als de woonplaats van de PWA-werknemer en de plaats waar hij de activiteiten in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap uitoefent, in dezelfde plaats gevestigd zijn, maar minstens 3,5 km uit elkaar liggen.

De afstanden worden berekend op basis van de kortste route tussen het centrum van de plaats van vertrek en het centrum van de plaats van bestemming, uitgedrukt in kilometer. Zowel de heenreis als de terugreis worden in aanmerking genomen.

De tegemoetkoming van de gebruiker in de verplaatsingskosten van de PWA-werknemer die ontstaan bij het afleggen van de afstand berekend op basis van het eerste tot het derde lid, geschiedt in de vorm van een vaste kilometervergoeding.

Die vaste kilometervergoeding stemt overeen met het bedrag bepaald in artikel 12, eerste lid, van het besluit van de Regering van 23 april 2015 tot regeling van de terugbetaling van onkosten in sommige instellingen van de Duitstalige Gemeenschap.

De gebruiker betaalt die tegemoetkoming na beëindiging van de activiteit en uiterlijk vóór het einde van de maand.”

13° in paragraaf 10 worden het derde en het vierde lid vervangen als volgt:

“In geval van tijdelijke arbeidsongeschiktheid ten gevolge van een ongeval in het kader van een activiteit bedoeld in dit artikel, betaalt de verzekeringsmaatschappij, in afwijking van de artikelen 22 tot 23bis en 34 tot 39 van de voormelde wet, aan de PWA-werknemer een PWA-loon ten belope van 6,00 euro per dag arbeidsongeschiktheid, met uitsluiting van de zondag.”

14° in paragraaf 10 wordt in het vijfde lid, dat het vierde lid wordt, het woord “werkloze” vervangen door het woord “PWA-werknemer”;

15° in § 13, eerste lid, worden de woorden “de bedragen vermeld in § 8, tweede lid, en § 9, eerste lid,” vervangen door de woorden “het bedrag vermeld in § 5, vijfde lid, en § 10, derde lid,”;

16° in § 13, tweede lid, worden de woorden “van de PWA-cheque” vervangen door de woorden “van de ingediende, niet ongeldig verklaarde activiteitsuren” en worden de woorden “§ 10, vierde lid, 3°,” vervangen door de woorden “§ 10, derde lid,”.

**Art. 2.** In artikel 79bis van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de § 1 en 2 worden opgeheven;

2° § 3, 1°, b), wordt vervangen als volgt:

“b) hulp bij toezicht op, opvang, begeleiding of ondersteuning van kinderen, zieken, ouderen of personen met ondersteuningsbehoefte;”

3° in § 3, 3°, worden de woorden “ten behoeve van de lokale overheden” vervangen door de woorden “ten behoeve van het Ministerie, de instellingen van openbaar nut, het Parlement en de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, alsook ten behoeve van de lokale besturen van het Duitse taalgebied”;

4° in § 4, eerste lid, wordt het woord “woonplaats” vervangen door het woord “hoofdverblijfplaats”;

5° in paragraaf 4 worden het tweede en het derde lid opgeheven;

6° in § 4, vierde lid, worden de woorden “het eerste tot en met het derde lid” vervangen door de woorden “het eerste lid”.

**HOOFDSTUK 2. — Wijziging van het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn**

**Art. 3.** Artikel 1 van het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, wordt vervangen als volgt:

“Artikel 1 - Voor de toepassing van dit besluit worden onder “PWA-werknemers” verstaan: de werkzoekenden die voldoen aan de voorwaarden bepaald in artikel 79, § 4, van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering en die recht hebben op een leefloon overeenkomstig de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie of die recht hebben op financiële maatschappelijke hulp overeenkomstig de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.”

**Art. 4.** Artikel 3 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, wordt vervangen als volgt:

*"Art. 3 - Op het einde van elke maand vullen de gebruiker en de PWA-werknemer samen een attest in waaruit blijkt hoeveel aangevangen activiteitsuren de PWA-werknemer bij de gebruiker heeft verricht.*

Dat prestatieattest wordt opgemaakt in twee exemplaren en wordt ondertekend door beide partijen.

De gebruiker bewaart zijn exemplaar gedurende één jaar.

De PWA-werknemer dient zijn prestatieattesten samen met zijn prestatieformulier maandelijks in bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, hierna: 'Dienst voor arbeidsbemiddeling'.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling verklaart de door de PWA-werknemer ingediende activiteitsuren ongeldig, als betrokkene niet voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 79, § 4, van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering of als het aantal activiteitsuren hoger is dan de grenzen vermeld in artikel 79bis, § 4, van hetzelfde besluit.

De Dienst voor arbeidsbemiddeling betaalt aan de PWA-werknemer maandelijks een bedrag van 6,00 euro per niet ongeldig verklaard activiteitsuur dat betrokkene heeft ingediend."

**Art. 5.** Artikel 4 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, wordt opgeheven.

**Art. 6.** Artikel 5 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, wordt vervangen als volgt:

*"Art. 5 - De gebruiker draagt bij in de verplaatsingskosten van de PWA-werknemer overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 79, § 9, van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering."*

**Art. 7.** In artikel 6, derde lid, 2<sup>o</sup>, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 14 maart 2003, wordt het bedrag "4,10 euro" vervangen door het bedrag "6,00 euro".

**Art. 8.** In artikel 7 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1<sup>o</sup> in het eerste lid worden de woorden "artikel 3, tweede lid, artikel 4 en artikel 5, eerste lid" vervangen door de woorden "artikel 3, vijfde lid, en artikel 6, derde lid, 2<sup>o</sup>";

2<sup>o</sup> in het tweede lid worden de woorden "van de PWA-cheque" vervangen door de woorden "van de ingediende, niet ongeldig verklaarde activiteitsuren".

#### HOOFDSTUK 3. — *Wijziging van het ministerieel besluit van 26 november 1991 houdende toepassingsregelen van de werkloosheidsreglementering*

**Art. 9.** Artikel 54 van het ministerieel besluit van 26 november 1991 houdende toepassingsregelen van de werkloosheidsreglementering, laatstelijk gewijzigd bij het ministerieel besluit van 8 juni 2017, wordt opgeheven.

**Art. 10.** In artikel 55 van hetzelfde besluit, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 8 juni 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1<sup>o</sup> in § 2, eerste lid, wordt het woord "werkloze" vervangen door het woord "PWA-werknemer";

2<sup>o</sup> § 2, tweede lid, wordt opgeheven.

#### HOOFDSTUK 4. — *Slotbepalingen*

**Art. 11.** Het besluit van de Regering van 30 november 2017 tot vaststelling van de tegemoetkoming van de gebruiker in de verplaatsingskosten van de PWA-werknemer wordt opgeheven.

**Art. 12.** Artikel 79, § 3, en §§ 8 tot 9, van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering en de artikelen 3 tot 5 van het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, elk in hun versie van 31 december 2022, blijven van toepassing op de vóór 1 januari 2023 uitgegeven PWA-cheques, wat het tijdstip van betaling van de PWA-werknemer, de geldigheidsduur en de nadere regels omtrent de terugbetaling, indiening en uitbetaling betreft.

In afwijking van het eerste lid betaalt de Dienst voor arbeidsbemiddeling aan de PWA-werknemer maandelijks een bedrag van 6,00 euro per niet ongeldig verklaarde PWA-cheque die betrokkene heeft ingediend, voor zover de activiteitsuren na 31 december 2022 werden verricht.

Artikel 54, § 1 tot 2, van het ministerieel besluit van 26 november 1991 houdende toepassingsregelen van de werkloosheidsreglementering, in zijn versie van 31 december 2022, blijft van toepassing op de vóór 1 januari 2023 uitgegeven PWA-cheques, wat de bewaringsduur van de overzichtsstaat van de gebruikte PWA-cheques en de af te geven fiscale attesten betreft.

**Art. 13.** In afwijking van artikel 79, § 4, van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering gelden volgende personen als werkzoekenden die activiteiten kunnen uitoefenen in het kader van het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap:

1<sup>o</sup> de uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die op 31 december 2022 als kandidaat waren ingeschreven bij het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap, overeenkomstig artikel 79, § 4, vijfde lid, van hetzelfde besluit, in zijn versie van 31 december 2022;

2<sup>o</sup> de werkzoekenden die op 31 december 2022 als kandidaat waren ingeschreven bij het plaatselijk werkgelegenheidsagentschap, overeenkomstig artikel 1 van het koninklijk besluit van 17 december 1999 betreffende de PWA-werknemers van wie het loon betaald wordt door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, in zijn versie van 31 december 2022.

**Art. 14.** Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2023.

**Art. 15.** De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 22 december 2022.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,  
I. WEYKMANS

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2023/44780]

**19 MAI 2023. — Décret insérant des dispositions relatives aux canaux de signalement et à la protection des personnes qui signalent une violation au sein des services ou organes d'une autorité locale dans la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale (1)**

Le Parlement wallon a adopté et Nous, Gouvernement wallon, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent décret règle, en application de l'article 138 de la Constitution, une matière visée à l'article 128 de celle-ci.

**Art. 2.** Le présent décret transpose la directive (UE) 2019/1937 du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2019 sur la protection des personnes qui signalent des violations du droit de l'Union, en ce qui concerne les services et organes des autorités locales.

**Art. 3.** Dans la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale, il est inséré un chapitre XIV intitulé « Des canaux de signalement et de la protection des personnes qui signalent une violation ».

**Art. 4.** Dans le chapitre XIV, inséré par l'article 3, il est inséré une section 1<sup>re</sup> intitulée « Objet, définitions et champs d'application ».

**Art. 5.** Dans la section 1<sup>re</sup>, insérée par l'article 4, il est inséré un article 152 rédigé comme suit :

« Art. 152. Le présent chapitre transpose la directive (UE) 2019/1937 du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2019 sur la protection des personnes qui signalent des violations du droit de l'Union, en ce qui concerne les services et organes des centres publics d'action sociale et des associations régies par le chapitre XII . ».

**Art. 6.** Dans la section 1<sup>re</sup>, insérée par l'article 4, il est inséré un article 153 rédigé comme suit :

« Art. 153. Pour l'application du présent chapitre, l'on entend par :

1° violations :

a) les actes ou omissions, par un membre du personnel d'un service du centre public d'action sociale dans le cadre de l'exercice de ses fonctions ou par l'organe, qui :

1) sont illicites et ont trait aux actes de l'Union et aux domaines relevant du champ d'application matériel de la directive (UE) 2019/1937 ou;

2) vont à l'encontre de l'objet ou de la finalité des règles prévues dans les domaines relevant du champ d'application matériel de la directive (UE) 2019/1937 ou;

3) vont à l'encontre des dispositions européennes, légales, décrétales et réglementaires applicables en droit interne ou;

4) impliquent un risque inacceptable pour la vie, la santé ou la sécurité des personnes ou pour l'environnement, tel que défini par arrêté;

b) le fait d'ordonner ou conseiller sciemment à un membre du personnel de commettre une violation telle que visée au a);

c) ne visent pas les actes ou omissions qui affectent exclusivement les droits individuels d'un membre du personnel et pour lesquels existent d'autres canaux ou procédures de signalement tels le harcèlement moral ou sexuel au travail protégé par la loi du 4 août 1996 relative au bien-être des travailleurs lors de l'exécution de leur travail ou la discrimination au sens du décret du 6 novembre 2008 relatif à la lutte contre certaines formes de discrimination;

d) ne concernent pas les conflits purement interpersonnels;

2° informations sur des violations : des informations, y compris des soupçons raisonnables, concernant des violations effectives ou potentielles, qui se sont produites ou sont très susceptibles de se produire dans le service du centre public d'action sociale ou l'organe dans lequel l'auteur de signalement travaille ou a travaillé, et concernant des tentatives de dissimulation de telles violations;

3° membre du personnel : le membre du personnel statutaire ou occupé par un contrat de travail, en ce compris les personnes dépositaires, par état ou par profession, de secrets qu'on leur confie, délégués syndicaux inclus;

4° service du centre public d'action sociale (CPAS) : l'administration du

CPAS, les services dépendant du CPAS, ou le secrétariat du Président du CPAS;

5° organe : le conseil de l'action sociale, le bureau permanent et les membres de ces organes;

6° signalement ou signaler : la communication orale ou écrite d'informations sur des violations;